

STEUERPLANUNG

Das Finanzamt, dein Freund und Helfer

21. Dezember 2010, 17:31

**Multinationale Konzerne suchen in der Steuerplanung die Kooperation mit Behörden**

Immer mehr international tätige Konzerne verzichten auf eine aggressive Steuerplanung, die alle legalen Möglichkeiten zum Steuersparen ausschöpft, und suchen Wege, in Zusammenarbeit mit den Finanzbehörden eine nachhaltige Steuerplanung zu betreiben, sagt der Schweizer Steuerrechtsexperte Alfred Storck im Standard-Gespräch. Der ehemalige Steuer- und

Vize-Finanzchef des Schweizer Technologiekonzerns ABB lehrt seit kurzem am Institut für österreichisches und internationales Steuerrecht an der WU Wien und sprach über aggressive Steuerplanung in der Vortragsreihe "Steuern und Moral".

Für Storck ist eine Selbstbeschränkung bei der nachhaltigen Steuerplanung eine "Win-win-Situation" für beide Seiten: Die Unternehmen erhalten Rechtssicherheit, Planbarkeit, raschere Verfahren und können auf allzu aufwändige Dokumentationen verzichten; im Gegenzug zahlen sie dafür höhere Steuern. Die Finanzbehörden profitieren ebenfalls von den Verfahrensverbesserungen.

Von Anfang an mit an Bord

Vorreiter dabei sind die Niederlande, wo der Fiskus mit vielen Unternehmen ein "Horizontal Monitoring"-Konzept verwirklicht hat, bei dem die Finanzbehörden mit den Unternehmen vereinbaren, welche Steuerplanungen und Dokumentationen für Veranlagungen und steuerliche Revisionen vorliegen müssen, also von Anfang an mit an Bord sind. Diesen Weg könnte auch Österreich verstärkt einschlagen, wobei auch hier der Dialog zwischen Finanzbehörden und Konzernen meist gut funktioniert, sagt Storck.

Der nächste Schritt wären formelle "Ruling-Verfahren", bei denen bestimmte steuerrelevante Sachverhalte im Vorhinein verbindlich abgeklärt werden. Diese sollen in Österreich in einigen Bereichen ab 2011 möglich werden.

Die meisten Konzerne mit Europa-Hauptsitz zahlen laut Storck zwischen 25 und 28 Prozent an Gewinnsteuern; wird weniger als zehn Prozent bezahlt, ist dies für ihn ein Zeichen für aggressive Steuerplanungen. Er verweist dabei auf Berichte, wonach Google durch geschickte Steuerplanung zwischen Irland, den Niederlanden und Bermuda in den vergangenen Jahren seine "overseas tax rate" auf nur 2,4 Prozent abgesenkt habe.

Die zur Bekämpfung der aggressiven Steuerplanung geschaffenen Regeln der meisten Staaten haben sich in den vergangenen Jahren vervielfacht und aneinander angepasst, sagt Storck. Es gebe aber immer noch viele Unterschiede. So sei es in Österreich möglich, durch eine massive Anhebung der Fremdfinanzierung die Steuerschuld einer Gesellschaft substanziell zu reduzieren. Die meisten anderen Länder haben dafür klare Grenzen: In der Schweiz ist die steuerlich zulässige Fremdfinanzierung von der Bilanzstruktur abhängig, in Deutschland gilt eine Grenze von 30 Prozent des Ebitda.

Im jüngsten Budgetbegleitgesetz werde für konzerninterne Finanzierung zwar die steuerliche Abzugsfähigkeit geändert, dies betreffe aber Transferfälle, nicht Investments. Früher oder später müsse sich wohl auch Österreich mit einer Unterkapitalisierungsregel beschäftigen, betont Storck.

Die Gruppenbesteuerung in Österreich, die es ermöglicht, ausländische Anlaufverluste von der inländischen Steuerschuld abzuziehen, sei hingegen sinnvoll. Hier handle es sich im Kern um eine Steuerstundung, die später rückgängig gemacht werde. (ef, DER STANDARD, Printausgabe, 22.12.2010)

© derStandard.at GmbH 2011 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.